

Thüga Aktiengesellschaft | 80323 München

«Anrede1» «Titel» «Vorname» «Nachname»
«Funktion»
«OrganisationInstitution»
«Anschrift»
«Plz» «Ort»

Nymphenburger Straße 39
80335 München
☎ +49 (0)89 381 97-0
☎ +49 (0)89 381 97-15 68
thuega.de

Der Vorstand
☎ +49 (0)89 381 97-1900
☎ info@thuega.de

15.09.2026

Bundesnetzagentur gefährdet Resilienz und Zukunftsfähigkeit unseres Energiesystems

«Anrede2_»

mit großer Sorge verfolgen wir das im August begonnene Festlegungsverfahren der Bundesnetzagentur zur pauschalierten Kapitalverzinsung (WACC) für Gasnetzbetreiber. Die im Festlegungsentwurf vorgesehene Gesamtkapitalverzinsung von lediglich 3,76 Prozent fällt so niedrig aus, dass sie aus unserer Sicht bestehende Investitionen entwertet und die Finanzierung zukünftiger Netzinvestitionen erheblich gefährdet. Die Konsequenzen reichen weit über die Energienetzbranche hinaus: Betroffen wären die Versorgungssicherheit, die Wärmewende und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Wir wenden uns daher an Sie, weil die Tragweite dieses Sachverhaltes bislang in der politischen Debatte noch kaum gewürdigt wird.

Investitionen wurden und werden im Interesse von Kommunen und Kunden getätigt

Energieinfrastruktur ist eine langfristige Investition und Investitionsentscheidungen brauchen das Vertrauen in eine auskömmliche Verzinsung. Netzbetreiber haben in den vergangenen Jahren auf Grundlage der geltenden gesetzlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen erhebliche Mittel in die Versorgungsnetze investiert. Viele dieser Investitionen erfolgten ausdrücklich auch auf Wunsch von Kommunen, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern. Durch die vorgesehene Verzinsung würden zahlreiche bereits getätigte Investitionen keine oder kaum noch Rendite abwerfen. Das beschädigt das Vertrauen in die Verlässlichkeit des Regulierungsrahmens und erschwert zukünftige Investitionsentscheidungen erheblich.

Versorgungssicherheit und Transformation der Gasnetze sind gefährdet

Deutschland benötigt auch künftig eine leistungsfähige und resiliente Gasinfrastruktur. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Herausforderungen sowie der wachsenden Anforderungen an die Versorgungssicherheit unseres Landes.

Gasnetze gewährleisten nicht nur die sichere Energieversorgung von Haushalten, Gewerbe und Industrie. Sie bilden zugleich die Grundlage für die Integration klimafreundlicher Energieträger wie Biomethan und perspektivisch Wasserstoff.



Die Aufrechterhaltung und Transformation dieser Infrastruktur, aber auch Stilllegungen einzelner Netzteile erfordern erhebliche Mittel. Der von der Bundesnetzagentur vorgeschlagene Zinssatz schwächt jedoch die Finanzierungskraft der Netzbetreiber massiv. Obwohl dieser als Gesamtkapitalverzinsung den höher verzinsten 40-prozentigen Eigenkapitalanteil enthält, liegt er sogar noch unter den aktuell am Markt üblichen Fremdfinanzierungskosten von rd. 4 %. Wer Investitionen nicht kostendeckend finanzieren kann, wird notwendige Maßnahmen verschieben oder unterlassen müssen.

Dies gefährdet nicht nur die Resilienz unseres Energiesystems. Es erschwert auch die Anbindung neuer Biomethananlagen und steht damit im Widerspruch zu den energie- und klimapolitischen Zielen der Bundesregierung sowie der jüngsten Gesetzgebung beim Gebäudemodernisierungsgesetz und der Novelle des Energiewirtschaftsrechts.

Die Risiken für Gasnetzbetreiber werden unterschätzt

Gasnetzbetreiber sind seit Jahren erheblichen Unsicherheiten ausgesetzt. Energiepolitische Ziele verändern sich und gesetzliche und regulatorische Rahmenbedingungen werden regelmäßig angepasst. Für die Gasnetztransformation wichtige gesetzliche Regelungen u.a. zur Finanzierung von Wasserstoffverteilnetzen und zur Tragung der Kosten von Biomethananschlüssen sowie der Ewigkeitskosten der Gasnetze liegen noch nicht einmal im Entwurf vor.

Diese Unsicherheit erhöht die Risiken für Investoren und Kreditgeber. Umso wichtiger wäre eine angemessene regulatorische Verzinsung, die dem Rechnung trägt.

Der vorliegende Entwurf geht jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Statt die gestiegenen Risiken abzubilden, wird der in der Zinsformel enthaltene Risikofaktor gegenüber der Vergangenheit sogar um rd. 25 % nach unten gesetzt. Dies sendet ein problematisches Signal an Kapitalgeber und erschwert den Zugang zu Finanzierungen für eine Infrastruktur, deren Betrieb und Transformation politisch ausdrücklich gewünscht sind.

Deutschland droht im europäischen Wettbewerb weiter zurückzufallen

Bereits heute liegt die regulatorische Verzinsung für Netzinvestitionen in Deutschland im europäischen Vergleich im untersten Bereich.

Mit dem nun vorgeschlagenen Ansatz, der - jedenfalls dem Grundsatz nach - auch in der für nächstes Jahr angekündigten Festlegung für die Stromnetze zur Anwendung kommen dürfte, wird sich dieser Abstand weiter vergrößern. Während viele europäische Staaten gezielt investitionsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, droht Deutschland, das eigentlich Vorreiter der Energiewende sein möchte, zusätzliche Hürden für den dringend notwendigen Umbau seiner Energieinfrastruktur aufzubauen.

Dies ist besonders kritisch, weil gerade in Deutschland Investitionen in die Netze in historischer Größenordnung erforderlich sind. Die Energiewende ist in einem Stadium, in dem es vor allem auf leistungsfähige Netzinfrastuktur ankommt. Sie kann nur gelingen, wenn ausreichend Kapital für den Erhalt, die Modernisierung und den Ausbau der Infrastruktur zur Verfügung steht.

Unsere Bitte an Sie

Uns ist bewusst, dass die Bundesnetzagentur ihre Entscheidungen unabhängig trifft. Gleichwohl halten wir es für dringend erforderlich, die Auswirkungen des vorliegenden Festlegungsentwurfs mit den politischen Zielsetzungen abzugleichen. Wird die Festlegung wie im Entwurf realisiert, ist der Betrieb von Teilen des Gasnetzes mit grünen Gasen nur noch schwer vorstellbar. Damit würden politische Entscheidungen letztlich durch die Bundesnetzagentur vorfestgelegt.



Wir bitten Sie daher, sich für einen sachgerechten und investitionsfördernden Zinssatz einzusetzen, der den tatsächlichen Finanzierungsbedingungen, den Risiken der Netzbetreiber und den energiepolitischen Zielsetzungen Deutschlands angemessen Rechnung trägt.

Die Entscheidungen der kommenden Monate werden maßgeblich darüber bestimmen, ob Deutschland die notwendige Transformation seiner Energieinfrastruktur erfolgreich bewältigen kann. Eine Verzinsung, die Investitionen verhindert statt ermöglicht, wäre aus unserer Sicht ein verheerendes Signal mit langfristigen Folgen für Versorgungssicherheit, Resilienz und wirtschaftliche Entwicklung.

Die Thüga-Gruppe ist der größte Verbund kommunaler Energie- und Wasserversorger in Deutschland. Über 100 Unternehmen sind miteinander vernetzt – von Sylt bis ins Allgäu, von Neuss bis Chemnitz. Über ihre Unternehmen betreibt sie ein umfangreiches Strom- und Gasnetz von rund 185.000 Kilometern und steht damit in besonderer Verantwortung für Versorgungssicherheit, Energiewende und regionale Wertschöpfung. Die Auswirkungen der geplanten Festlegung wären daher unmittelbar spürbar.

Wir sind einer der größten Treiber kommunaler Wärmeplanung und damit der Dekarbonisierung in Deutschland. Nah- und Fernwärmekonzepte, Erdwärme, Abwärmenutzung oder grüne Gase gehören bereits zum Portfolio unserer Unternehmensgruppe. Ein auskömmlicher Regulierungsrahmen für Gasverteilnetze ermöglicht genau diese Transformation. Hier sollten durch die Regulierung keine konträren Anreize gesetzt werden.

Für ein persönliches Gespräch oder einen weiterführenden Austausch stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Thüga Aktiengesellschaft

